

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die am

Dienstag, dem 20. April 2010, um 19.00 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses Neusiedl am See stattgefundene

Gemeinderatssitzung

Anwesend:

Bürgermeister		Kurt	LENTSCH
Stadtrat		Emmerich	HAIDER
Stadtrat		Franz	RITTSTEUER
Stadtrat		Stefan	KAST
Stadtrat		Eva	STEINDL
Stadtrat		Elisabeth	BÖHM
Gemeinderat	Ing.	Josef	HAIDER
Gemeinderätin		Emma	HITZINGER
Gemeinderat		Michael	KAST
Gemeinderat	DI.	Thomas	HALBRITTER
Gemeinderat	Ing.	Heinz	FEIGL
Gemeinderat		Viktor	HORVATH
Gemeinderat		Birgit	PECK
Gemeinderat		Josef	FEKETE
Gemeinderat	Ing.	Franz	HESS
Gemeinderat		Johannes	MIKULA
Gemeinderat		Georg	STEINER
Gemeinderat		Gabriele	VOGRIN
Gemeinderat		Kurt	KALINA
Gemeinderat		Heike	DOVITS
Gemeinderat		Karl	PANNER
Gemeinderat	DI.	Gottfried	HAIDER
Gemeinderat	Mag.	Alexandra	FISCHBACH

Abwesend und entschuldigt:

Vizebürgermeisterin		Monika	RUPP
Gemeinderätin		Anneliese	HORVATH
Schriftführer		Franz	RENGHOFER

Der Vorsitzende, Bürgermeister Kurt Lentsch, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest und eröffnet diese Sitzung um 19.00 Uhr. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht. Zu Beglaubigern werden die Gemeinderäte Hess, Panner, Fischbach und Gottfried Haider bestimmt.

Tagesordnung :

Punkt 1)

ABEG – Verlängerung der Garantieübernahme vom 23.03.2009

Bürgermeister Lentsch weist auf das Schreiben des Amtes der Bgld. Landesregierung vom April 2009 hin, mit welchem die beschlossene Garantie für die Finanzierung der Autobahnabfahrt genehmigt wurde. Da diese Garantie für die ABEG am 31.12.2010 abläuft und laut Zusage der BKS Bank diese auch für die verkehrsverbessernden Maßnahmen an der B 50 und B 51 verwendet werden kann, bedarf es einer Verlängerung der Laufzeit um fünf Jahre, das ist bis zum 31.12.2015. Deshalb ist es erforderlich, heute die Verlängerung der Garantieübernahme zu beschließen. Die ABEG hat bereits Vorschreibungen an die Grundstückseigentümer getätigt. Auf Neusiedler Seite haben Dr. Steindl sowie Kamper und der Betreiber des Tankstellenprojektes einen Verkehrsbeitrag geleistet, auf Parndorfer Seite wurde ebenfalls ein Großteil der vereinbarten Summe von McArthur Glenn überwiesen. Da voraussichtlich auch die Umsatzsteuer bei diesem Projekt nur als Durchlaufposten aufscheint, kommt es zu einer zusätzlichen Kostensenkung. GR Fischbach stellt eine Anfrage betreffend die Auflage seitens der Landesregierung, dass jener Betrag, für welchen sich die Gemeinde mittels Haftung verpflichtet hat, auch im Budget zu berücksichtigen ist und ob dies bei uns geschehen ist. Diese Frage wird von Stadtkassier Rittsteuer verneint. Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass dieser Betrag nur dann schlagend wird, wenn keine Zahlungen erfolgen. Das wurde jedoch schon in seinen vorherigen Ausführungen entkräftet, da laufend Beträge von beiden Seiten, nämlich Parndorf und Neusiedl am See, einfließen. Es wurde auch die komplette Finanzierung nachgewiesen. Der von der ABEG erstellte Finanzierungsplan wird ebenfalls zur Gänze eingehalten werden. Nachdem es keine weiteren Anfragen gibt, wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der Beschluss gefasst, der gegenständlichen Verlängerung der Garantieübernahme für die ABEG zuzustimmen.

Für den Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Feigl, Haider Josef, Kast Michael, Peck, Hitzinger, Horvath Viktor, Hess, Fekete und Halbritter und die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner, Dovits, Wlcek, Panner und Kalina. Gegen den Antrag stimmen die Grüne Gemeinderätin Fischbach und der Freiheitliche Gemeinderat Haider Gottfried.

Punkt 2)**Nachtrag zur Vereinbarung vom 08.01.2003 bzw. vom 06.03.2003 – LVA und Stadtgemeinde Neusiedl am See**

Bürgermeister Lentsch verweist auf die Vereinbarungen zwischen der LVA und der Stadtgemeinde Neusiedl am See die am 8. Jänner 2003 bzw. 6. März 2003 abgeschlossen wurden. Der Straßenplan, der dieser Vereinbarung zugrunde lag, wurde an das Projekt Shopping Center und die Ansiedlung Kamper/Tankstelle angepasst und entspricht dem Teilbebauungsplan und Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Neusiedl am See. Als Anmerkung wird noch festgehalten, dass bei Realisierung des großen Projektes „Shopping City“ entgegen der ursprünglichen Vereinbarung doch die Gemeinde die Kanalisierung selbst errichten und auch die entsprechenden Abgaben vorschreiben wird. Dadurch ergibt sich finanziell eine für die Gemeinde günstigere Situation. GR Fischbach hätte gerne vorher genau geklärt, wer welche Abgaben zu welchem Zeitpunkt zu bezahlen hat. Bürgermeister Lentsch erklärt dazu, dass solche Vereinbarungen in allen Wirtschaftsparks getroffen wurden und auch in allen Einzelheiten funktionieren. Die Gemeinde hätte im schlechtesten Fall Kanal, Straße und Gehsteig vorfinanzieren müssen, was vom Bürgermeister jedoch strikt abgelehnt wurde. Die Firmen sollen diese Maßnahmen selbst treffen und die Gemeinde wird bei den Abgaben so lange gegen verrechnen, bis das dafür angelegte Kreditkonto abgedeckt ist. Es handelt sich dabei um Kommunalsteuern, Kanalabgaben und Grundsteuern. Die Anfrage von GR Gottfried Haider, wessen Idee die ursprünglich diagonal verlaufende Straße war, erklärt der Bürgermeister, dass dies ein Wunsch des Betreibers war, mittlerweile aber ja geändert wurde. Dieser hält seit nunmehr fast zwei Jahren eine Option bei der LVA für das bezeichnete Grundstück.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der Beschluss gefasst, den gegenständlichen Nachtragsvertrag zur Vereinbarung vom 8.1.2003 bzw. 6.3.2003 zu genehmigen.

Für diesen Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Peck, Fekete, Hess, Kast Michael und Horvath Viktor sowie die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner und Kalina. Gegen diesen Antrag stimmen die Grüne Gemeinderätin Fischbach und der Freiheitliche Gemeinderat Haider Gottfried.

Punkt 3)**Ausbaustraße 1 Betriebsgebiet Prädium – Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der LVA**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt Bürgermeister Lentsch, dass die LVA vereinbarungsgemäß die Verpflichtung hat, die Verkehrserschließung umzusetzen. Die Straße vom MERKUR-Markt bis zum Beginn des LVA Wirtschaftsparks entlang der Hottergrenze liegt nicht im Projektbereich der LVA. Im LVA Wirtschaftspark ist die Ansiedlung des Shopping Centers vorgesehen. Aus diesem Grund ist die Errichtung der Straße entlang des Hotterweges in einer vorerst einfachen Ausbaustufe mit einer Breite von 7 m (ohne Gehsteig und Grünflächen) vorgesehen. Diese Straße wird von der LVA gemäß unserer Vereinbarung auf öffentlichem Grund errichtet. Daher wurde die LVA vom Bürgermeister gebeten, den Bereich für den die Stadtgemeinde zuständig ist,

ebenso zu bauen und vorzufinanzieren. Die Bezahlung soll in 5 gleichen Jahresraten erfolgen, was auch in der zu beschließenden Vereinbarung festgehalten ist. Die LVA eröffnet ein Konto bei der Bank Burgenland und die Gemeinde verpflichtet sich, dieses innerhalb von 5 Jahren durch die erwähnten Jahresraten wieder abzudecken. Die geschätzten Kosten für die Gemeinde liegen bei € 185.000,-- brutto. Auf die Frage von GR Fischbach, wie das finanziert werden soll, antwortet Bürgermeister Lentsch, dass in diesem Bereich Anliegerleistungen vorgeschrieben werden. Nach diesen Ausführungen wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der Beschluss gefasst, die Finanzierungsvereinbarung mit der LVA für den Ausbau des Hotterweges in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Für diesen Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Peck, Fekete, Hess, Kast Michael und Horvath Viktor sowie die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner und Kalina. Gegen diesen Antrag stimmen die Grüne Gemeinderätin Fischbach und der Freiheitliche Gemeinderat Haider Gottfried.

Punkt 4)

2. Korrekturbeschluss – 3. digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes

Bürgermeister Lentsch verweist auf die am 6. April 2010 stattgefundene Sitzung des Raumplanungsbeirates, bei welcher auch die 3. digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes auf der Tagesordnung stand. Es wurde über einzelne Widmungsfälle ausgiebig diskutiert und es soll nunmehr einen Korrekturbeschluss über den Widmungsfall 4 – Pferdestallanlage geben, nach welchem dieser Fall nicht gewidmet werden soll. Im Widmungsfall 9 – Nyikospark soll eine Berichtigung von Amts wegen erfolgen. Der Widmungsfall 2 – Mole West soll zurück gezogen werden und später separat im vereinfachten Verfahren gemäß § 18a umgewidmet werden. Der Widmungsfall 8 – Am Hafen wird ohne weiteres Raumplanungsverfahren nach Vorlage eines Gutachtens (Materialuntersuchung gemäß ÖNorm 2088 – 1 „Altlasten – Gefährdungsabschätzung für das Schutzgut Grundwasser“) und eines Verkehrs- bzw. Parksysteemkonzeptes zur Kenntnis genommen. Es wird auch festgehalten, dass sich herausgestellt hat, dass von der Landesamtsdirektion in dieser Angelegenheit falsche Informationen an den Beirat übermittelt wurden. Es wurde von zwei gerichtsanhängigen Verfahren berichtet. Tatsächlich gibt es keine Gerichtsverfahren. Es wurde aber in der Sitzung des Raumplanungsbeirates beschlossen, den Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Neusiedl am See zur Kenntnis zu nehmen, wenn die Auflagen des vorhin ausgeführten Widmungsfalles erfüllt sind. Das Gutachten darüber, dass es keine Gefährdung bzw. Verunreinigung des Grundwassers im Seerandbereich gibt, liegt bereits seit einiger Zeit bei der Raumplanungsstelle. Das gewünschte Verkehrs- bzw. Parksysteemkonzept wird ebenfalls in Zusammenarbeit mit unserem Raumplaner bereits erarbeitet. Eine der Lösungen wäre, die Konzentration der Parkplätze im Bereich des Sportzentrums zu bewerben. Daraus erwachsen der Gemeinde keine Kosten und es ist eine sehr realistische und brauchbare Lösung. Dadurch soll auch der Fahrradverkehr belebt werden. Es soll auch ein Taxistandplatz beim Hallenbad und beim Seebad eingerichtet werden. GR Fischbach meldet sich zu Wort und kritisiert, dass es bereits einen Korrekturbeschluss gegeben hat und warum es schon wieder die Notwendigkeit gibt, einen solchen zu fassen. Besteht tatsächlich die Notwendigkeit oder ist es übertriebene Bürokratie? Bürgermeister Lentsch sieht die Sache gelassen und möchte

eigentlich nur im Interesse der Gemeinde eine positive Erledigung erfahren. Anfragen von GR Gottfried Haider und Stadträtin Steindl richten sich nach der Rechtmäßigkeit der Baubewilligung bzw. nach der möglichen Dauer dieses Verfahrens. Diese Fragen werden vom Bürgermeister damit beantwortet, dass es ein Gutachten über die Rechtmäßigkeit von der Kanzlei Onz gibt.

Zur Angelegenheit Mole West wurde mit HR Perlacky vereinbart, dass dieser Fall im vereinfachten Verfahren gemäß § 18a des Bgld. Raumplanungsgesetzes umgehend eine Erledigung erfahren wird. Erleichtert wird das ganze durch die Tatsache, dass es außer der Gemeinde selbst keine weiteren Anrainer gibt. Bezüglich der Angelegenheit Nyikospark erklärt Bürgermeister Lentsch, dass es bis zum heutigen Tag nie ein Änderungsverfahren zur Widmung des Gastgartens als Grünland-Parkanlage gegeben hat und sich dieser Fehler bei irgendeiner Änderung zeichnerisch eingeschlichen hat. Diese Fehler sind höchstwahrscheinlich im Zuge der Digitalisierung passiert, aber man sollte die Sache deswegen nicht dramatisieren, da sofort nach bekanntwerden dieselben unverzüglich korrigiert werden.

Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der Korrekturbeschluss über die 3. Digitale Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst. Für diesen Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Peck, Fekete, Hess, Kast Michael und Horvath Viktor sowie die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner und Kalina. Gegen diesen Antrag stimmen die Grüne Gemeinderätin Fischbach und der Freiheitliche Gemeinderat Haider Gottfried.

Punkt 5)

Teilbebauungsplan „Am Hafen“

Der Teilbebauungsplan ist neuerlich aufgelegt und es gab auch umfangreiche Erläuterungen und auch Erinnerungen dazu. Der Teilbebauungsplan „Am Hafen“ wurde erstmals im Zeitraum vom 09.03.2009 bis 25.05.2009 aufgelegt. Da sich während der Auflagefrist herausgestellt hat, dass der Teilbebauungsplan nicht mit den widmungsrechtlichen Festlegungen des Flächenwidmungsplanes übereinstimmt, musste der Teilbebauungsplan parallel mit einer Flächenwidmungsplanänderung im Zeitraum vom 15.02.2010 bis 12.04.2010 in adaptierter Form nochmals aufgelegt werden. Innerhalb der beiden angeführten Auflagefristen wurden fristgerecht einige Erinnerungen eingebracht. Herr Ing. Peter Urwalek führt in seiner Erinnerung aus, dass im gegenständlichen Teilbebauungsplan die ursprüngliche Bauhöhe von 7,50 m auf 5,00 m deutlich reduziert wurde. Weiters führt er aus, dass dieser Teilbebauungsplan eigentlich im Einklang mit jenem des Bereiches „Segelhafen West“ stehen müsste. Es wird auch kritisiert, dass die Bebauungsdichte von 30 % am „Segelhafen West“ beim neuen Siedlungsbereich mit 70 % eindeutig den Bestimmungen des Bgld. Raumplanungsgesetz widerspricht. Dass die Siedlung „Segelhafen West“ empfindlich beeinträchtigt wird und dass der Schutz der im Wasser beheimateten Tiere und Pflanzen verletzt wird, sowie einige weitere Kritikpunkte. Dazu sei festzuhalten, dass das gesamte Projekt bis ins letzte Detail mit der Naturschutzbehörde koordiniert wurde und es keinerlei Punkte der Kritik von dieser Behörde gab. Aus Sicht des Raumplaners wird der Gemeinde empfohlen, in diesen Punkten der Erinnerung keinesfalls Folge zu leisten. Betreffend die Situation bei der Parkraumbewirtschaftung wird darauf

hingewiesen, dass das gegenständliche Grundstück bis vor kurzem im Eigentum der Stadtgemeinde stand und nicht öffentliches Gut war. Demzufolge hat die Gemeinde bisher die Nutzung durch Private geduldet, aber niemals eine ausdrückliche Genehmigung dafür erteilt. Auch diesem Teil der Erinnerung sollte daher nach Ansicht des Raumplaners nicht Folge geleistet werden. Eine weitere Erinnerung wurde von DI Thomas Halbritter eingebracht und beinhaltet die Aufnahme der beiden Grundstücke 5770/193 und 194. Das Grundstück 5770/193 ist im geltenden Flächenwidmungsplan als Parkplatz ausgewiesen und soll auf Grund seiner Größe und Lage entlang einer Wasserkante und einer Erschließungsstraße sorgfältig ausgestaltet werden und somit in den Teilbebauungsplan aufgenommen werden. Das Grundstück 5770/194 ist im rechtsgültigen Flächenwidmungsplan als Bauland – BF ausgewiesen und soll ebenfalls auf Grund seiner Größe und speziellen Lage entlang von Wasserkanälen, der Zufahrtsstraße und der angrenzenden Biotopfläche in den Teilbebauungsplan aufgenommen werden. Der Einschreiter fordert weiters 10 Besucherparkplätze im Bereich der Insel I und II, da im inneren Bereich auf Grund des geringen Querschnittes keine Kfz – Abstellmöglichkeiten gegeben sind. Es wird vom Raumplaner empfohlen, der nachvollziehbaren Erinnerung Folge zu leisten und demzufolge auf dem Grundstück 5770/191 entsprechende Kfz – Abstellmöglichkeiten zu schaffen und diesen Bereich im Teilbebauungsplan dementsprechend auszuweisen. Da für die erforderlichen Brückenbauwerke keine Angaben über Lastklasse, lichte Durchfahrtshöhe und – breite über dem Wasserweg gemacht wurden, fordert er daher die Durchfahrbarkeit der Brücken für Elektroboote. Es wird darauf hingewiesen, dass die genannten Brückenbauwerke einer besonderen wasserrechtlichen und baurechtlichen Bewilligung bedürfen. Es wird der Gemeinde empfohlen, dieser Erinnerung Folge zu leisten. In der Erinnerung der Stadtgemeinde Neusiedl am See selbst wird darauf hingewiesen, dass die Zufahrts- und –Wendemöglichkeit für Einsatz- und Räumfahrzeuge gewährleistet sein muss. Seitens der Projektanten wird versichert, dass sowohl mit der Feuerwehr als auch mit dem Müllverband Abstimmungsgespräche geführt wurden und von diesen die Zustimmung zur gegenständlichen Erschließung erfolgte. GR Fischbach kritisiert, dass man zu wenige Informationen über diese Angelegenheit bekommen habe und dass solche Punkte viel zu wichtig seien, um so oberflächlich behandelt zu werden. GR Gottfried Haider kritisiert, dass der Planverfasser Stellungnahme dazu bezieht. Dazu erklärt ihm der Bürgermeister, dass das gesetzlich auch so vorgesehen sei. GR Halbritter weist erneut darauf hin, dass unbedingt Bedacht darauf zu nehmen ist, ausreichend Parkplätze für diesen Bereich zu schaffen. Stadträtin Steindl bemerkt, dass sie seit Beginn des Verfahrens in die Gespräche und Verhandlungen involviert ist und das Gefühl nicht los wird, dass hier nur im Sinne des Käufers vorgegangen wird. Im ursprünglichen Plan ist zum Beispiel kein einziges Reihenhaus ersichtlich. Weiters ist für sie unverständlich, dass die Gemeinde € 800.000,- Anzahlung auf den noch nicht genehmigten Kaufvertrag erhalten hat. Bei der ersten Auflage des ersten Teilbebauungsplanes erfolgte ein Grundstückstausch, um nicht einen neuen Kaufvertrag erstellen zu müssen. Auch das Parkplatzproblem scheint für sie ein schier Unlösbares. Bürgermeister Lentsch weist darauf hin, dass diese Handlung im Sinne und auf Wunsch der Landesbehörden erfolgt. Es ist neu, dass sich die Parkplatzsituation ändert und dass ein Teilgrundstück einfließt, welches sich Franz Karolyi selbst behält. Sonst gibt es keine Änderungen zur ursprünglichen Fassung. Alle übrigen Punkte liegen im Flächenwidmungsplan und haben mit dem Teilbebauungsplan eigentlich nichts zu tun. Auch wenn jemand Gewinn bei einem Projekt machen will, ist das nachvollziehbar. Das sei schließlich Sinn von Investitionen, Gewinn zu erwirtschaften. GR Fischbach kritisiert

die zu hohe Verbauungsdichte. Das wird vom Bürgermeister dahin gehend entkräftet, dass diese Dichte durchaus üblich sei und auch in anderen Siedlungsgebieten in der Stadt gleich ist. GR Halbritter erinnert, dass bei der ersten Auflage sogar zweigeschossig gebaut hätte werden dürfen. Abschließend bemerkt GR Gottfried Haider, dass mit diesem Schritt ein wesentlicher Teil der Zukunft von Neusiedl am See verspielt wird.

Nach diesen Wortmeldungen wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch unter Einbeziehung der eingebrachten Erinnerungen und des beiliegenden Erläuterungsberichtes der Beschluss gefasst, den Teilbebauungsplan „Am Hafen“ zu genehmigen.

Für den Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, das sind Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer und Kast Stefan sowie die Gemeinderäte Kast Michael, Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Hess, Peck, Horvath und Fekete. Gegen den Antrag stimmen die 8 SPÖ Gemeinderäte, das sind die Stadträtinnen Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner und Kalina sowie die Grüne Gemeinderätin Fischbach und der Freiheitliche Gemeinderat Gottfried Haider. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Punkt 6)

Vergabe Entwicklung Ausarbeitung und Begleitung der Kampagne „Rad&More“

Es haben bisher zwei Sitzungen des Infrastrukturausschusses stattgefunden, in welchen dieses Thema ausführlich erörtert wurde. Es waren drei Firmen eingeladen, Projekte zu entwickeln, welche sie dann auch im Gemeindeamt präsentieren konnten. Auf Grund dieser Präsentationen gab es eine leichte Präferenz für zwei Firmen, nämlich die Firma Knoll Kommunikations GmbH mit Sitz in Purbach und Wien sowie die Firma Rosinak und Partner aus Wien. Obwohl Rosinak noch ein modifiziertes Angebot nachreichte, sind die beiden Projekte samt Angeboten eigentlich nur sehr schwer miteinander vergleichbar. Es wurde auch die Überlegung angestellt, ob dieses Projekt nur mit Schulen als Unterrichtsprojekt gemacht werden soll, oder doch qualitativ hochwertig mit Foldern und Schildern etc. Nach umfangreichen Diskussionen kam man zur Entscheidung, doch die Firma Knoll Kommunikations GmbH mit der Entwicklung, Ausarbeitung und Begleitung der Kampagne Rad&More zu beauftragen. Die Kosten dafür liegen bei € 30.530,- netto. Davon werden ca. 40 % an Fördergeldern zurück fließen.

Nach diesen Ausführungen wird über Antrag von Bürgermeister Lentsch der einstimmige Beschluss gefasst, die Firma Knoll Kommunikations GmbH zu den erwähnten Konditionen mit der Entwicklung, Ausarbeitung und Begleitung des Projektes Rad&More zu beauftragen. Bei der Abstimmung waren mit Ausnahme von GR Haider Gottfried alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend. Diese sind nachstehend namentlich angeführt : Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Kast Michael, Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Hess, Peck, Horvath, Fekete, Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner, Kalina und Fischbach.

Punkt 7)**Straßengrundabtretungsvertrag – Kadlec, Thell – Stadtgemeinde Neusiedl am See**

Im gegenständlichen Fall handelt es sich um das Straßengrundstück 4973/1 im Ausmaß von 10.281 m², welches bereits als Straße genutzt wird, jedoch einer Verbücherung im Grundbuch bedarf. Das Grundstück liegt im Siedlungsbereich Sauerbrunn – ehemaliges Ziegelofenareal. Die grundbücherliche Einverleibung soll durch die Genehmigung der gegenständlichen Widmungsverordnung möglich werden.

Über Antrag von Bürgermeister Lentsch wird daher der Beschluss gefasst, die beiliegende Widmungsverordnung zu genehmigen. Für den Antrag stimmen die 13 ÖVP Gemeinderäte, die 8 SPÖ Gemeinderäte und die Gründe Gemeinderätin. Diese sind nachstehend namentlich angeführt: Bürgermeister Lentsch, die Stadträte Haider Emmerich, Rittsteuer, Kast Stefan, Steindl und Böhm sowie die Gemeinderäte Kast Michael, Haider Josef, Feigl, Halbritter, Hitzinger, Hess, Peck, Horvath, Fekete, Mikula, Steiner, Wlcek, Dovits, Panner, Kalina und Fischbach. Gegen den Antrag stimmt der Freiheitliche Gemeinderat Haider Gottfried. Bei der Abstimmung waren alle Mitglieder des Gemeinderates im Sitzungssaal anwesend.

Punkt 9)**Bericht des Bürgermeisters**

Vor kurzem fand eine Tagung der Bürgermeister und Amtmänner in Winden am See statt, wo sich die Tagesordnung hauptsächlich auf die Bundespräsidentenwahlen und die Landtagswahlen sowie einen Vortrag über Ragweed (eine Pflanze, die immer wieder zu schweren Allergien führt) konzentrierte. Bei den Bundespräsidentenwahlen dürfte alles klaglos ablaufen, während es bei den Landtagswahlen zu einigen Neuerungen kommen wird, welche bereits vom Landtag beschlossen wurden. So wird erstmals der Fall eintreten, dass die Vorzugsstimme die Parteistimme „schlägt“. Auch die Frage der Gültigkeit bzw. Ungültigkeit von Stimmen sorgte bei vielen Bürgermeistern für Verwirrung und Verwunderung. Es wurde häufig die Frage gestellt, wer sich diesen Unsinn ausgedacht hat, was schließlich vom Vortragenden damit beantwortet wurde, dass der Mehrheitsbeschluss des Landtages mit den Stimmen der SPÖ gefasst wurde. Es dürfte zu größeren Komplikationen kommen, vor allem was die Bewertung der Gültigkeit von Stimmen anbelangt. Weiters sind erstmals auch die Vorzugsstimmen in den Gemeinde auszuzählen, was bisher immer von der BH gemacht wurde, während bisher die gültigen Stimmen nur jeweils nach Stimmen mit oder ohne Vorzugsstimme sortiert wurden. Erst nach Vorliegen der Vorzugsstimmenergebnisse kann das jeweilige Parteiergebnis festgestellt werden. Man geht davon aus, dass das endgültige Wahlergebnis erst spät in der Nacht zu erwarten sein wird. Es soll den Gemeinden noch rechtzeitig vor der Wahl ein umfangreiches Handbuch zur Verfügung gestellt werden und es soll auch mit allen Sprengelwahlleitern und deren Stellvertretern eine entsprechende Schulung stattfinden.

Die Geschäftsführung der Oberwarther Siedlungsgenossenschaft war heute zu Besuch in der Gemeinde und hat ein Projekt präsentiert, welches sich neben dem herkömmlichen mehrgeschossigen Siedlungswohnbau vermehrt auf soziales und betreutes Wohnen konzentriert. Das Projekt ist gut ausgereift. Es betrifft auch das so genannte „Generationenwohnen“. Dieses Projekt wird bereits in mehreren bgl. Gemeinden betrieben und beinhaltet neben Essen auf Rädern auch das Waschen von Wäsche und alle anderen Notwendigkeiten des täglichen Lebens. Auch die geografische Lage ist eine gute, da in unmittelbarer Nähe ein Supermarkt und auch der Bahnhof angesiedelt sind.

Für den Bauhof wurde ein Gemeindearbeiter vorerst provisorisch vom Bürgermeister angestellt. Da es sich um eine weitere Kooperation mit dem AMS handelt, werden die Lohnkosten vorerst zum Teil vom AMS getragen. Es handelt sich um Herrn Erst Sladek, welcher bis Ende Mai zur Gänze vom AMS finanziert wird und danach auf die Dauer von 6 Monaten bei der Stadtgemeinde angemeldet sein wird. Ein Zuschuss von 50 % wird seitens des AMS weiterhin gewährt. Herr Sladek ist im Besitz aller Führerscheinklassen und hat auch den Staplerführerschein.

Die Mitglieder des Gemeinderates werden nochmals an die Feierlichkeiten zur Verleihung von zwei Ehrenbürgerschaften erinnert, damit sie diesen Termin auch wahrnehmen. Da in diesem Zusammenhang häufig die Frage aufgetaucht ist, warum es plötzlich zur Verleihung von Ehrenbürgerschaften kommt, wird damit begründet, dass die Verleihung von Ehrenringen noch strengeren Kriterien unterliegt und verdienten Bürgern trotzdem durch diesen Schritt eine entsprechende Anerkennung entgegengebracht werden soll.

Punkt 9)

Allfälliges

GR Fischbach stellt die Anfrage, warum der Bereich zur Siedlung Reitschacher, welcher im Straßenbauprogramm 2009 beinhaltet ist, noch nicht fertig gestellt ist. Diese Frage wird damit beantwortet, dass es noch Gespräche mit betroffenen Grundstückseigentümern gibt, aber ansonsten die Situation klar ist. Es wird aber noch in der letzten Phase der Entwicklung an der sinnvollsten Umsetzung des Projektes gearbeitet, um Zufriedenheit für alle Beteiligten zu erreichen. Mit den Arbeiten wird voraussichtlich noch im Frühjahr 2010 begonnen werden.

Weiters fragt GR Fischbach an, ob der Tarif für Grünschnitt nicht reduziert werden könne, damit illegal abgelagerter Rasen- und Grünschnitt vermieden wird. Die Tarife sollen überprüft werden.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird dieser öffentliche Teil der Sitzung um 20.15 Uhr geschlossen.

Bürgermeister

Gemeinderäte

Schriftführer